



Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Moskau 6 Mark, 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Inserationsgebühren für den Raum einer halbspaltigen Zeitungszeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erbebtion: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Beförderungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 294. Mittag-Ausgabe.

Zweihundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Dinstag, den 28. Juni 1881.

Das Unfallversicherungsgesetz und die Liberalen.

Das Resultat wochenlanger angestrengter Arbeit des Reichstages, das Unfallversicherungsgesetz, hat der Bundesrath unter der Pression des reichskanzlerischen Willens als unannehmbar abgelehnt. Das Angebot der conservativ-clericalen Majorität ist als zu niedrig befunden worden, obgleich der im Reichstage beschlossene Gesetzentwurf sowohl die Zwangsversicherung der Arbeiter gegen Unfälle seitens der Arbeitgeber, als das Versicherungsmonopol des Staates, also den Ausschluß der Privatversicherung statuierte. Die Liberalen hatten keinen Anlaß, diesen Ausgang der Verhandlungen zu bedauern, da dieselben — von der Frage: ob Reichsversicherungsanstalt oder Landesanstalten abgesehen — die Monopolisirung der Versicherung als principiell unzulässig erachteten. Noch ehe der Bundesrath in der Lage war, sich schließend zu machen, hatte die Regierungspresse das ablehnende Votum damit motiviert, daß der Gesetzentwurf dem „leistungsunfähigen“ Arbeiter, d. h. dem Arbeiter, der einen Jahresarbeitsverdienst bis 750 Mark hat, einen kleinen Theil des Beitrags zu der Versicherungsprämie auferlegt habe. Der Reichskanzler würde die Uebernahme dieser Verpflichtung auf den Staat nicht als unerlässliche Bedingung behandelt haben, er war bereit, die Uebertragung der gesamten Prämienlast auf den Arbeitgeber versuchsweise zuzulassen, aber diejenigen Parteien des Reichstages, welche die Unterstützung der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers in ihr Programm aufgenommen haben, nehmen an dem Vorbehalt Anstoß, unter dem der Reichskanzler diesem Compromiß zustimmen wollte, weil sie durch Gutheißung derselben auch die principielle Abweisung des Staatszuschusses nur als eine vorläufige Anerkennung haben würden. In der That ist also das Gesetz an dem Widerspruch fast des ganzen Reichstages gegen die Zulassung der Staatshilfe gescheitert. Dieser Gesichtspunkt kann nicht genug hervorgehoben werden, da die Regierungspresse schon jetzt alle Hebel ansetzt, um die Vereitelung der wohlwollenden Absichten des Reichskanzlers den Liberalen Schuld zu geben, welche für die Nothlage der arbeitenden Klasse kein Herz hätten und positive Maßregeln zur Besserung der Lage der Arbeiter aus Parteirücksichten verhindern wollten. Unter diesen Umständen werden sich die Liberalen nicht damit begnügen dürfen, sich gegen ungerechte Anklagen zu verteidigen. Der Anstoß zu dem Gesetzentwurf von 1871 ist von liberaler Seite ausgegangen, der Anregung ist von Staatsmännern, welche heute als Anhänger der veralteten „Mangelfesttheorie“ verdächtigt werden, Folge gegeben worden, und als sich mehr und mehr herausstellte, daß das Gesetz von 1871 den Absichten des Gesetzgebers nicht vollständig genüge, ist wiederum von liberalen Mitgliedern des Reichstages im Jahre 1878 der Anstoß zu einer Erweiterung des Gesetzes gegeben worden. Dieser Faden wird von den Liberalen auch fernerhin festzuhalten sein. Im Jahre 1878 wurde den Liberalen, welche die Erweiterung und Verbesserung des Haftpflichtgesetzes verlangten, von conservativer Seite vorgeworfen, daß sie demagogische Politik trieben und um die Freundschaft der Socialdemokratie buhlten. Heute wie damals sind es die

Liberalen, welche das Wohl der Arbeiter ohne politische Nebenabsichten fördern wollen. Der Unterschied zwischen damals und heute ist nur der, daß der Reichskanzler, indem er socialdemokratische Wege wandelt, die „moralische Eroberung der arbeitenden Klassen durch den Staat“ anstrebt.

Zur Wahlagitatio.

Mit dem Schluß der Reichstagsession haben die Vorbereitungen für die Neuwahlen zum Reichstage fast überall begonnen. Wir können die Freunde der liberalen Sache nicht dringend genug mahnen, keinen Tag zu verlieren. Die Nachrichten, daß die Wahlen erst Ende September stattfinden sollten, beruhen auf Wahrscheinlichkeitsberechnungen, die sich jeder Zeit als trügerisch erweisen können, da die Entscheidung von einem einzigen unberechenbaren Willen abhängt. Einer früheren Anordnung der Neuwahlen steht kein tatsächliches Hinderniß entgegen. Und zudem müssen wir darauf gefaßt sein, daß bei der Festsetzung des Wahltermins lediglich das Interesse einer Regierung berücksichtigt wird, deren Leiter eingestanden hat, daß mit den Jahren der Haß gegen den Liberalismus wachse. Lassen wir uns also nicht einschläfern, und vergessen wir nicht: die erste Vorbedingung des Erfolgs ist die, bereit zu sein.

Bei dem allgemeinen gleichen directen Wahlrecht wird der Ausschlag von Bevölkerungszahlen gegeben, die durch die früher allein üblichen Agitationsmittel der politischen Parteien schwer zu erreichen sind. Die Conservativen geben sich nun in dieser ganzen Wahlbewegung besonders große Mühe, gerade diese Schichten in den Kreis ihrer Agitation zu ziehen. So ist die Art der Agitation, wie sie in Berliner conservativ-antifemistischen Versammlungen unter einflußreicher Protection und Assistenz getrieben wird, lediglich auf die Unwissenheit und die schlechtesten Eigenschaften der großen Menge berechnet. — Die Conservativen suchen jetzt auch mit ihrer Propaganda tiefer hinauszugehen, als dies bisher möglich war. Vorgearbeitet wird ihnen schon dadurch, daß die „Provinzial-Correspondenz“ zur Massenverbreitung fast umsonst abgegeben wird. Der Vorstand der deutsch-conservativen Partei hat jetzt speciell zum Zwecke der Wahlagitatio ein besonderes Wochenblatt gegründet, welches ganz kostenfrei an Jeden, der es haben will, und der es nicht haben will, in Massen vertheilt werden soll. An die conservativen Zeitungsredactionen, und auch an viele liberale, ist folgendes Anschreiben ergangen: „Geehrte Redaction! Der unterzeichnete Vorstand des Wahlvereins der deutschen Conservativen beabsichtigt von ungefähr Ende dieses Monats an bis zu den Reichstagswahlen ein in etwa zwanzig Nummern erscheinendes Wochenblatt unter dem Titel: „Der deutsche Patriot“ herauszugeben, dessen Zweck sein soll: a. die Hauptfragen des Tages in populärer Form zu behandeln und die Angriffe der Gegner zu widerlegen; b. sachliches Material für Wahlreden und Wahlagitatio zu liefern und c. kurze, die Wahlfrage betreffende Mittheilungen, sowie sonstige Nachrichten über Wahlversammlungen

zu bringen. Dieses Wochenblatt, dessen Umfang auf 1/2 Quartbogen in Aussicht genommen ist, soll sämmtlichen conservativen Zeitungen je nach der Stärke ihrer Auflage völlig kostenfrei event. auch auf Wunsch der betreffenden Redaction unter Erstattung der Postkosten zur Verfügung gestellt werden. Indem wir u. u. Der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Conservativen. von Gellendorf-Debra.“ Den Conservativen stehen vor den Wahlen zur Verbreitung ihrer Preßzeugnisse mannigfaltige amtliche, halbamtliche und außeramtliche Organe zu Gebote. Die Liberalen können sich nur auf die freiwillige Thätigkeit ihrer Mitglieder in Stadt und Land verlassen. Diesen wird die Aufgabe zufallen, dafür zu sorgen, daß in den Kreisen, auf welche die officiellen und conservativen Wahlschriften berechnet sind, diese nicht allein gelesen werden, sondern daß sie ein Gegengewicht durch die kleine liberale Presse erhalten. Als geeignetes Organ, welches wegen seiner Billigkeit (nur 50 Pfennig pro Quartal), seiner Reichhaltigkeit und seines populären Tones besonders für Kreise geeignet ist, die erst zu politischer Lectüre erzogen werden müssen, eignet sich besonders das seit dem 1. April erscheinende „Deutsche Reichsblatt“. Damit die wichtigsten Artikel des „Deutschen Reichsblattes“ möglichst weit verbreitet werden können, wird, wie wir aus dem Blatte ersehen, von jetzt ab jede Woche ein Auszug daraus zusammengestellt und in der Größe und dem Umfange der „Provinzial-Correspondenz“ gedruckt werden. Vorständen von liberalen Vereinen und Privatpersonen wird dieser Auszug zu demselben Preise geliefert, wie die „Provinzial-Correspondenz“, nämlich zu einer Mark für 100 Exemplare pro Quartal.

Die bulgarische Frage.

Unser Berliner — Correspondent schreibt vom 27. d.: Mit großer Betonung ist von den Officiellen vor Kurzem in Abrede gestellt worden, daß die europäischen Mächte sich mit der bulgarischen Angelegenheit beschäftigen. Obgleich dies nun als durchaus richtig bezeichnet werden muß, so darf man doch auch andererseits nicht übersehen, daß man in Rußland das Herantreten der Mächte an die bulgarische Frage nicht nur wünscht, sondern möglich zu machen sucht. Die Reise des russischen Botschafters in Wien, v. Dubril (langjähriger russischer Vertreter in Berlin), wird mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang gebracht. Der Botschafter sollte nämlich über die Anschauungen des Wiener Cabinets in Petersburg berichten und dort neue Informationen empfangen, um in Wien für die Anschauung seiner Regierung thätig zu sein. Auch hier hat man es an directen und indirecten Vorstellungen nach dieser Richtung nicht fehlen lassen, allein bisher keine Geneigtheit der deutschen Regierung gefunden, ihre Anschauungen zu ändern, wonach es sich hier um eine speciell innere Angelegenheit Bulgariens handle. Man folgt hier diesen Dingen inzwischen mit großer Spannung, zumal es nicht unbemerkt geblieben ist, daß die russische Diplomatie in neuester Zeit eine erhöhte Thätigkeit entfaltet und auch

Der neue Komet.

In der „W. A. Z.“ schreibt Dr. H. S.:

Es läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß der Vagant aus dem Weltraum, der sich diesmal in die Sonnennähe verirrt hat, uns ein ganz besonderes Schauspiel bieten wird. Die mehrfach aufgetauchte Meinung, daß man es hier mit dem Kometen von 1807 zu thun habe, beruht auf einem argen Mißverständnis und ist offenbar lediglich darauf zurückzuführen, daß auch der Komet von 1881 gleich seinem Vorgänger vor 74 Jahren einen Doppelschweif besitzt. Daß nichtsdestoweniger diese beiden Himmelskörper unmöglich identisch sein können, geht schon aus dem Umstande hervor, daß die Umlaufzeit des Kometen von 1807 von Bessel auf 1543.1 Jahre berechnet wurde, derselbe also vor dem 33. Jahrhundert unserer Zeitrechnung nicht wieder gesehen werden kann. Ob der jetzt sichtbare Komet überhaupt schon früher einmal beobachtet wurde, ist sehr fraglich. Wir haben verhältnißmäßig gute Kometen-Berechnungen aus dem grauen Alterthum. Schon Aristoteles erwähnt einen prächtigen Haarkometen, und seine Beschreibung paßt ziemlich genau auf den Halley'schen Kometen; aber im großen Ganzen waren doch die Beobachtungen der Alten und mehr noch die der abergläubischen Astrologen im Mittelalter recht ungenau, und insbesondere die Bahnberechnungen, nach denen allein sich mit Bestimmtheit die Periodicität der Wiederkehr eines Kometen angeben läßt, fehlten gänzlich. Von den Kometen, die während der letzten Jahrhunderte beobachtet wurden, ist aber offenbar keiner mit dem vor drei Tagen an unserem nördlichen Horizonte aufgetauchten identisch. Darin liegt nichts Ueberraschendes, da ja die meisten Kometen überaus lange Umlaufzeiten haben und ihre Tausende von Millionen Meilen unendlich weit über die äußerste Grenze des Planetensystems hinausreichenden Bahnen zumeist erst nach Jahrhunderten oder Jahrtausenden vollenden. Und auch dies kann eigentlich nur von den wenigsten Kometen gesagt werden, denn die meisten besitzen überhaupt keine Umlaufzeit um die Sonne, da sie als wahre Vagabunden im Weltraum unserem Sonnen- und Planetensystem bloß vorübergehenden Besuch abstatten, um sich dann auf Nimmerwiederkehr in den Weltraum zu verlieren.

Es ist nämlich ein Irrthum, die Kometen aus dem Grunde, weil einzelne unter ihnen die Sonne in überaus langgestreckten Bahnen umkreisen, gleich den Planeten und Asteroiden als Mitglieder des Sonnensystems anzusehen; sie sind Bürger des Weltraumes, den sie, an kein festes System gebunden, in zahllosen Schaaeren durchstreifen. Man darf sich dabei allerdings nicht etwa vorstellen, daß diese Gestirne gefloßt, dem Zufalle überlassen, in willkürlichen Bahnen sich bewegen; aber sie scheinen eben unähnlich den zu Systemen vereinigten Fixsternen und Planeten, jeder auf eigener Spur einherzugehen und nur zufällig, wenn sie auf der einsamen Bahn in die Nähe eines größeren Systems gelangen, von demselben angezogen und zeitweilig festgehalten zu werden. Auch diese Festhaltung und Einverleibung der Kometen in unser Planetensystem ist keine nothwendige Folge ihrer Annäherung. Es kommt häufig vor, daß ein Komet unsere Sonnenwelt passiert, ohne deshalb in einen planetarischen Kometen, d. h. einen solchen, der sich nunmehr um die Sonne bewegen muß, verwandelt zu werden. Doch ist dies allerdings das Schicksal jedes Kometen, der auf seinem rasenden Fluge quer durch unser Sonnensystem allzu nahe an einem der größeren Gestirne desselben vorbeifliegt.

Insbesondere die Sonne selber und Jupiter, der größte, massenreichste der Planeten, erweist sich in dieser Beziehung verhängnißvoll für die Haarkometen. Ebenso kommt es aber auch umgekehrt vor, daß ein Komet, der von irgend einem Gestirn unseres Sonnen-Systems einmal bereits aus seiner parabolischen, den endlosen Weltraum durchmessenden Bahn herausgerissen und für den Rundlauf um die Sonne annectirt worden war, nachträglich durch einen Planeten aus dem Sonnen-System gleichsam wieder hinausgeworfen wird. So geschah es beispielsweise dem im Jahre 1770 von Messier beobachteten Kometen, dessen Schicksal überhaupt ganz merkwürdig ist. Drei Jahre zuvor war er von Jupiter aus seiner Bahn gerissen und geradezu vorübergehend zu einem Jupiter-Satelliten degradirt worden, das heißt gezwungen worden zu einem Kreislaufe um Jupiter. Dann befreite allerdings die Attractionskraft der Sonne das arg hinarbeitende Haarkometen aus der beängstigenden Nähe und ließ es seinen Weg, jedoch in sehr veränderter Richtung und Schnelligkeit, fortsetzen. Im Jahre 1779 aber gerieth der nämliche unvorsichtige Komet neuerlich in die Nähe des Jupiter, der ihn diesmal endgiltig aus der Sonnenbahn herausriß und auf Nimmerwiederkehr in den Weltraum hinausgeschleuderte.

Ueber den Stoff, aus welchem die Kometen bestehen, weichen die Ansichten sehr wesentlich von einander ab. Nach der neuesten, von Zöllner propagirten Theorie bestünde die Kometenmasse aus Flüssigkeiten. In die Nähe der Sonne gerathend, verdampfen dieselben, und nunmehr bildet sich unter dem Einflusse der durch die Sonne so mächtig angeregten Electricität das merkwürdige Phänomen, welches wir unter dem Namen der Kometenschweife kennen. Erwiesen ist diese Theorie noch lange nicht; sicher ist nur das Eine, daß die Kometen nicht bloß ihr Aussehen, sondern auch ihre wirkliche Gestalt deso merklich verändern, je näher sie der Sonne kommen, daß sie in ihrer Sonnenferne ohne Ausnahme leichten Nebeln gleichen und erst in der Nähe ihres Perihels sich in Kern, Kernhülle und Schweif gliedern. Ebenso wissen wir schon seit Längem, daß ihre Materie eine unendlich feine sein muß, da wir Gestirne, an denen sie vorbeiziehen, durch diese Materie hindurch erblicken können.

Der neue Komet wird uns noch Anlaß geben, wiederholt auf diese Gäste in unserem Planetensystem zurückzukommen. Warten wir einweilen ab, welche Gestalt er, in die Nähe der Sonne gerathen, annehmen wird. Es wird dann auch gelingen, zu constatiren, ob wir es mit einem bereits früher einmal gesehenen oder mit einem ganz neu auftretenden Ankömmling zu thun haben.

[Zur Chronik der Ausstellungen.]

Das „Tageblatt“ schreibt: Ueber vier Jahre wird Berlin, vorausgesetzt, daß der Beschluß einer Anzahl hervorragender Persönlichkeiten der Hauptstadt überall förderndes Entgegenkommen findet, seine erste Weltausstellung haben. Ohne uns auf die Frage einzulassen, ob einer internationalen oder einer auf Deutschland beschränkten Exposition der Vorzug zu geben sei — jedenfalls dürfte eine von beiden binnen Kurzem in unseren Mauern stattfinden — wollen wir einmal dem Ursprung der Ausstellungen, dieser für den modernen Verkehr so wichtigen Factoren, nachspüren. Die erste Ausstellung wurde in Paris in einer für Deutschland schmachvollen Zeit veranstaltet, im Jahre 1873, da Ludwigs XIV. raubgierige Schaaeren sich zu ihrem Verwüsthumszuge durch die Lande zwischen Saar, Mosel und Rhein aufgemacht hatten. Diese Exposition, die sich, wie noch Jahrhunderte lang alle ihre Nachfolgerinnen, lediglich mit Gemälden und Skulpturenwerken befaßte, fand, durch die königliche Akademie ins Leben gerufen, im Hofe des Palais Royal statt; aber sie scheint sich

an höchster Stelle nur geringer Sympathie erfreut zu haben, denn es währte lange, ehe eine neue Ausstellung zu Stande kam. Die Bemühungen der Künstler, einen Platz dafür zu erlangen, blieben resultatlos, bis sich endlich in Mansard, dem Oberintendanten und Generalordner der königlichen Bauten, ein mächtiger Fürsprecher fand. Derselbe richtete an Ludwig XIV. eine Vorlesung des Inhaltes, daß „die Maler und Bildhauer seiner königlichen Akademie gern die alte Gewohnheit der Ausstellung ihrer Werke erneuern möchten, um so das Urtheil des Publicums zu erschöpfen und unter einander jenen löblichen Wettstreit zu unterhalten, der für den Fortschritt der schönen Künste so notwendig ist.“ Aus dem Ausdruck „alte Gewohnheit“ konnte man schließen, daß schon mehrfach Ausstellungen stattgefunden haben; aber die auf uns gekommenen Documente erwähnen nur jener einen von 1673, über welche das „Verzeichnis der Gemälde und Bildhauerwerke, die von der königlichen Akademie im Hofe des Palais Royal ausgestellt worden“, nähere Kunde giebt. — Ludwig nahm nun die Vorstellung seines Oberintendanten gnädig auf und wies nicht nur die große Galerie des Louvre-Palastes als Ausstellungsort an, sondern befaß auch der königlichen Geräthammer, das zur Decorirung der Galerie Nöthige herzugeben. Nachdem auf diese Weise die Ausstellung zu den Innenräumen eines königlichen Palastes Zutritt erlangt hatte und auch sonst das Wohlwollen des Herrschers offenbar geworden war, nahm die Sache ihre rasche Fortentwicklung. Unter Ludwig XIV. wurden im Louvre noch zwei Ausstellungen veranstaltet, und die Regierungszeit Ludwigs XV. zählte deren sogar vierundzwanzig. Von 1737 bis 1748 wurde alljährlich eine Exposition eröffnet, aber keineswegs zum Vortheil der Kunst, wie die zahlreichen, von Hohn und Spott überfliegenden Flugblätter jener Zeit beweisen. Der bloße Titel derselben läßt auf ihren Geist schließen. So erschienen „die Klagen des Farbenhändlers Badoen über die Kritiken des Salon“, eine lustige Verflüchtigung der überflüssigen Farbenverschwendung, „die Vision Ben-Gron's des Bilderhändlers“, ein „Brief Raphael's des Jüngeren“, der „Chinesen im Salon“, „Umschau eines Blinden im Salon“ u. s. w. Der gleichen Broschürenfluth begegnet man unter Ludwig XVI., dessen Regierung neun Ausstellungen zählte. Die Titel dieser kleinen Schriften, die auch im Inhalt mehr und mehr des Respektes entbehren, werden immer sensationeller. „Die Oberpriesterin, oder eine neue Art, die Zukunft zu weissagen“, — „Die großen Prophezeiungen des großen Nostradamus über den großen Salon“, — „Oh, oh, noch eine Kritik über den Salon! Hört doch was sie schwätzt!“ — „Lustige Reflexionen eines lustigen Burlesken“ u. s. — Die große Republik hatte acht Ausstellungen und zwar die erste 1793, bald nach der Hinrichtung des unglücklichen Königs. Der Katalog dieser Ausstellung begann mit den Worten: „Andere Republiken wird es vielleicht befremden, wenn wir uns mit den Künsten beschäftigen, zu einer Zeit, da die Coalition Europas gegen das Territorium der Freiheit anstürmt. Aber die Künstler fürchten nicht den Vorwurf, daß sie sich um die Interessen des Vaterlandes nicht kümmern; sie sind frei von ihrem Wesen heraus, denn die Eigenart des Genies ist die Unabhängigkeit.“ Auch das erste Kaiserreich und der darauf folgende Wechsel der Regierungen entbehrten der Ausstellungen nicht; aber das sind Zeiten, die der Gegenwart zu nahe liegen, als daß es der Recapitulation bedürfte. Weit in den Hintergrund gedrängt sind heutigen Tages diese Ausstellungen des Kunstlebens durch jene Expositionen, die den ganzen öffentlichen Verkehr in ihren Bereich gezogen haben, die internationalen Weltausstellungen, und so häufig neuerdings auch der Werth der letzteren bezweifelt worden, so bleiben sie doch merkwürdige Kulturerscheinungen, die auf ihren Ursprung zu verfolgen, gewiß von Interesse ist. Haben doch wir Deutsche alle Ursache, ihnen dankbar zu sein, denn von jener Niederlage, die uns vor einigen Jahren die Weltausstellung jenseits des Oceans bereitet hat, schreibt sich die hohe Entwicklung unseres Kunstlebens, der in vollem Zuge ist, das verlorene Terrain wieder zu gewinnen. Freilich ist es uns in unserm kleinen Esay nur gelungen, die Zeit festzustellen, wann nachweisbar in Europa die erste Ausstellung stattgefunden hat. Ueber den Mann oder die Männer, in deren Kopf die fruchtbringende Idee entstanden, sind wir nach wie vor im Unklaren, und auch hier müssen wir uns mit Klopstock's Worte getrösten: „Begraben ist in ew'ge Nacht der Gründer großer Name zu oft.“

die Türkei die Situation benutzt, um für sich allerlei Vorteile zu erlangen, obschon man ihr bis jetzt bestimmte Absichten und Pläne nicht zum Vorwurf machen kann. In diplomatischen Kreisen besorgt man übrigens unter den jetzigen Umständen nicht, daß der Fürst Alexander von Bulgarien das Land verlassen werde.

Deutschland.

Berlin, 27. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kanzleirath und Geheimen Registrator Neumann bei der Oberrechnungskammer und dem Bürgermeister Brumpter zu Hildesheim im Landkreise Stralsburg i. C. den Rother Adlerorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem bei der Provinzial-Steuer-Direction zu Königsberg i. Pr. angestellten Kanzlei-Inspector Wagner, bei seinem Uebertritt in den Ruhestand, den Charakter als Kanzleirath verliehen.

Der seitige Kreiswundarzt Dr. Wiehen in Hildesheim ist zum Kreisphysikus des Kreises Hildesheim, und der praktische Arzt Dr. Bloch zu Witten zum Kreiswundarzt des Kreises Bismarck ernannt worden. — Dem Unterstaatssekretär Dr. v. Möller ist der Verweis in der technischen Deputation für Gewerbe übertragen worden.

Berlin, 27. Juni. [Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] ist seit einigen Tagen durch Unwohlsein genöthigt, das Zimmer zu hüten.

[Der Kronprinz] nahm am Sonnabend Vormittag um 11 Uhr im Neuen Palais bei Potsdam die Melbung des General-Lieutenants z. D. Hartmann und des Prinzen Wilhelm Radziwill entgegen. — Gestern Vormittag wohnte Se. Kaiserliche Hoheit dem Gottesdienste in der Garnisonkirche in Potsdam bei.

— **Berlin, 27. Juni.** [Zur Wahlbewegung. — Die Hezrede des Grafen Wilhelm Bismarck.] Abgesehen von der überaus rührigen Agitation der Conservativen wird in Berlin für die nächste Zeit die Wahlbewegung im Großen und Ganzen ruhen und wohl erst im Späthommer wieder aufgenommen werden. Das Auftreten des Grafen Wilhelm Bismarck im hiesigen Halleschen Thorbezirk wird in gemäßigten conservativen Kreisen ziemlich scharf kritisiert. Uebrigens stand im Voraus fest, daß Graf Bismarck sich in Berlin nicht zum Candidaten aufstellen lassen wollte. So ganz sicher dürften denn doch die Hoffnungen der Conservativen auf einen Sieg hier nicht sein.

Berlin, 27. Juni. [Bundesrath.] Der Bundesrath trat am 25. d. M. unter dem Vorstehe des Staatsministers v. Bötticher zu einer Plenarsitzung zusammen und erklärte zunächst das Einverständnis mit der aus Anlaß des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages im Wege des Notenwechsels getroffenen Vereinbarung über die fortwährende Gültigkeit des Karlsruher Uebereinkommens vom 27. August 1869, während bezüglich weiterer Folge der Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn und der Schweiz zu regelnder Punkte die Beschlußfassung vorbehalten blieb. Nach Genehmigung des zwischen dem Reich und Hamburg deshalb vereinbarten Vertrages vom 25. vor. Mts. wurde auf den bezüglichen, von dem hamburgischen Bevollmächtigten gestellten Antrag der Annullation Hamburgs an das deutsche Zollgebiet beschlossen und der Ausschuss für Zollwesen beauftragt, wegen der hiernach erforderlichen Vollzugsmaßregeln weitere Vorschläge zu machen. Die Entwürfe von Gesetzen, betreffend a. die Abänderung der Gewerbeordnung (Zunehmungsweisen); b. die Reichsstempelabgaben; c. die Bezeichnung des Raumbegriffs der Gesehe, in welchen Flüßigkeiten zum Verkauf kommen, gelangten in der vom Reichstage abgeänderten Fassung zur Annahme, wogegen dem Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter die Zustimmung verweigert wurde. Die bei der Beratung dieser Gesetzentwürfe vom Reichstage gefaßten Resolutionen wurden dem Herrn Reichskanzler überwiesen, die bei dem Bundesrath dazu eingegangenen Petitionen für erledigt erklärt. Anträge des Vorstehenden wegen Befreiung einer Stelle bei dem kaiserlichen Disciplinarhofe und wegen Feststellung der ruhegehaltsberechtigenden Dienstzeit eines Beamten des auswärtigen Amtes kamen zur Annahme, über den Personalvorschlag für die ebenfalls offene Stelle des Vorstehenden des Patentamts soll die Abstimmung in einer der nächsten Sitzungen stattfinden. Weiter wurde, dem Gutachten der mit der Vorprüfung befaßten gewesenen Ausschüsse entsprechend beschlossen: a. ein Gesuch um vollstetigen Einlaß von Kämmlingen aus gefärbten Seidenabfällen, sowie b. ein Gesuch um Bewilligung einer Pension ablehnend zu beschließen; c. die Einbürgerung des Betrages der ausgegebenen Reichsstempelscheine zu 20 und 5 Mark auf je 10,000,000 Mark zu genehmigen und den Betrag der Reichsstempelscheine zu 50 Mark in dem gleichen Verhältnis zu erhöhen; d. die Rechnungen der Kasse des Rechnungshofs für 1878/79 und 1879/80, sowie e. die in dem Jahresberichte der Reichsschulden-Commission zur Entlastung vorgelegten Rechnungen der Reichsschulden-Verwaltung z. z. zu beschließen; f. den zur Ausführung der beiden Zolltarif-Novellen vom 19. und 21. Juni d. J. erforderlichen, vom Präsidium vorgelegten Ausführungsbestimmungen zuzustimmen.

[Der Kronprinz und die Kronprinzessin] werden, wie nunmehr festzustehen scheint, am nächsten Montag, den 4. Juli, mit ihren Töchtern Victoria, Sophie und Margarethe ihre mehrtägige Reise nach England antreten. Die Abreise erfolgt mittels Extrazuges vom hiesigen Lehrter Bahnhof aus Vormittags 8 Uhr 10 Min. In Hannover, wo die höchsten Herrschaften Mittags 12 1/2 Uhr eintreffen, soll das Dejeuner und Nachmittags 5 Uhr in Oberhausen der Kasse eingenommen werden. Die Ankunft in Wittingen erfolgt am Abend desselben Tages um 10 Uhr. Von dort unternimmt die kronprinzliche Familie mittels des bereitliegenden Dampfers die Ueberfahrt nach Queenborough und langt dort, sofern das Wetter günstig ist, am Dienstag früh 5 Uhr 50 Min. an. Demnach soll dann von Queenborough nach kurzem Aufenthalt, die Reise ohne weiter Unterbrechung per Bahn bis London fortgesetzt werden, wo die Ankunft auf der Victoria-Station gegen 8 Uhr erwartet wird.

[Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten v. Götter] ist nach Gms abgereist.

[Vorbereitende Ueberrassungen auf dem Gebiete der Kirchenpolitik.] Aus dem schon mehrfach erwähnten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“, der sich formell gegen das Centrum richtete und beiläufig die Versicherung enthielt, daß der Kanzler mit dem ganzen Culturrampf nichts zu thun habe, wollen solche, welche an einzelnen Wendungen den Stil des Kanzlers zu erkennen glauben, den Schluss ziehen, daß demnach große Ueberrassungen auf dem Gebiete der Kirchenpolitik bevorstünden. Man sagt, und es hat das eine gewisse Berechtigung, daß noch jedes Mal, wenn sich auf dem kirchenpolitischen Felde etwas ereignet habe, ein solches Entree erschienen sei, in welchem Fürst Bismarck erklärte oder habe erklären lassen, daß ihm die ganze Culturrampfschicht doch eigentlich gar nichts angehe. Aber gerade wenn er dies verkündete, ging sie ihn gemeinlich recht nahe an, sei es, daß er eine Wendung gegen das Centrum, sei es, daß er eine solche im Sinne der Wiederherstellung des Friedens plante. Es macht sich im Augenblick eine merkwürdige Bewegung in den Reihen der Ultramontanen und der ihnen affiliirten Deutschconservativen fühlbar; sie ahnen Erfolge und Möglichkeiten, die sie vor Monaten noch für zu weit aussehend erklärt haben würden, und man sollte sich nicht allzusehr davon überraschen lassen, wenn das Staatsgeschiff wirklich eines Tages in den Hafen des kirchenpolitischen „Friedens“ einliefe, dem es jetzt schon nahe genug ist. Ob der Reichskanzler den Schachplan verläßt, weil er die Action in der Hauptsache für abgeschlossen hält, oder ob er die Verantwortung für den möglichen Mißerfolg auf die jüngeren Schultern des Herrn v. Götter abwälzen will, das ist einweilen sein eigenes Geheimniß; aber alle Nachrichten aus dem Kanzler-Palais stimmen wenigstens in dem einen Punkte überein, daß die Stimmung des Fürsten Bismarck unfreundlich, ja verbittert wie selten ist.

[Der Bezirksvereinsredner Graf Bismarck.] Wir haben bereits die Rede erwähnt, welche Graf Wilhelm Bismarck am Sonnabend Abend in einem Berliner conservativen Bezirksvereine gehalten hat. Die „Nat.-Ztg.“ spricht sich hierüber, wie folgt aus: Das Ereigniß würde an sich für uns kein Gegenstand der Förderung sein: Berliner conservative Vereine haben für den Ausfall der Wahlen erfahrungsmäßig keine nennenswerthe Bedeutung und der politische Inhalt der Rede des Grafen Bismarck stand zu dieser Bedeutungslosigkeit im richtigen Verhältnis: es waren Lesefrüchte aus der officiellen Presse. Was ein Wort der Kritik herausfordert, das ist allein der Ton, welchen Graf Bismarck angeschlagen. Wir sind nicht der

Ansicht, daß die Wahlagitation, überhaupt der politische Kampf, mit Sammethandschuhen geführt werden kann; und wenn wir demgemäß die conservativen und officiellen Weherufe über jedes scharfe Wort von liberaler Seite abgehehlt finden, so gestehen wir auch unseren Gegnern das Recht zu, mit gleicher Münze zu bezahlen. Im vorliegenden Falle handelt es sich um etwas Anderes. Der Vorsitzende des Vereins, in welchem Graf Bismarck sprach, betonte beim Beginn und ein anderer Redner am Schluß, die Bedeutung des Abends liege darin, daß es der Sohn des Reichskanzlers sei, der als Redner erschienen. Auch ohne das würde der letztere übrigens in den Augen seines Beurtheilers frei von gewissen moralischen Verpflichtungen gewesen sein, welche ihm sein Verhältnis zu dem Haupt der Regierung auferlegt. Graf Bismarck nun übte in allgemeinen Redewendungen, ohne irgend einen Nachweis für die Berechtigung seines Urtheils liefern zu können, an der Berliner Stadtverwaltung eine Kritik, welche in den staatsmännischen Aufzusammengefasst wurde: „Nieder mit dem Fortschrittsring, nieder mit der Fortschritts-tyrannie!“ Diesen Ruf zu begründen, war früher von zwei Seiten versucht worden: im Reichstage vom Kanzler, dessen Behauptungen sich durchweg als Irrthümer erwiesen hatten; und in der Scandalpresse durch Beschuldigungen, welche durch Richterspruch verurtheilt worden sind. Das ist das Fundament, auf dem der „Sohn des Reichskanzlers“ eine Agitation fortsetzt, welche bezweckt, die unteren Klassen einer Millionenstadt gegen die Communalverwaltung aufzureizen. Ein Seitenstück zu dieser Art von Agitation in der oppositionellen Wirklichkeit der von dem Grafen Bismarck persönlicher Beweggründe beschuldigten Gegner der Regierung zu finden, wird ihm sehr schwer fallen. Der Redner hielt es ferner für angemessen, seine Zusammenstellung von Artikeln der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der „Provinzial-Correspondenz“ durch eigene Ausprüche wie die zu würzen: die Hundesperre drücke viele Einwohner Berlins schwerer als der kleine Belagerungszustand; es würde ihm einen gewissen Spaß bereiten, wenn Lasker Excellenz sei, wenn nur der Schade für das Land nicht zu groß wäre u. s. w. Der sogenannte kleine Belagerungszustand ist eine Maßregel, welche, wie notwendig sie auch sein mochte, viele Gristen zerstört, zahlreiche Familien auf das Schwerste betroffen hat; es ziemt sich daher nicht, ihn mit einer Hundesperre zu vergleichen. Herr Lasker hat zu einer Zeit, von welcher Graf Bismarck wahrscheinlich nur wenig weiß, da er damals noch Gymnasiast oder Student war, unter der Zustimmung der großen Majorität des deutschen Volkes einen wesentlichen Antheil an vielen noch jetzt geltenden wichtigen Gesetzgebungsacten gehabt; es schied sich daher nicht, wenn Graf Bismarck, von dem ohne den Namen, welchen er trägt, die Welt nichts wissen würde, öffentlich versucht, sich über Herrn Lasker lustig zu machen. Es tritt in den jenen erwähnten Ausstellungen eine Ueberhebung hervor, die man früher bei uns, „hinterlich“ nannte; es scheint nothwendig, darauf ein wachsameres Auge zu haben, denn mancherlei Anzeichen liegen dafür vor, daß die heilsame Nachwirkung der großen Kriege, welche jene Ueberhebung gewisser Kreise beilegt zu haben scheint, bereits erschöpft ist. Wir empfehlen dem Grafen Wilhelm Bismarck und anderen, die die Lecture eines Artikels, welcher sich unter der Ueberschrift „Ein Wort der Mahnung an die conservativen Parteien“ in der politisch und kirchlich streng conservativen „Rheinisch-Westfäl. Post“ findet; es heißt darin mit Bezug auf eine frühere Berliner conservative Versammlung: Wir äußern den dringenden Wunsch, daß sich die conservativen Redner und Journale eines derartigen, durchaus unwürdigen und häßlichen Tones ein für alle Male entschlagen mögen. Es herrscht in einem Theile der conservativen Presse und Kreise gegenwärtig ein Uebermuth, der auch hier nimmer gut thun wird, und eine Sprachweise, welche von einer Leidenschaftlichkeit dictirt wird, die sich formell in keiner Beziehung von derjenigen der äußerlichen Linken unterscheidet. Tritt die Leidenschaftlichkeit der Redten, der Conservativen zudem noch in dem Gewande der Ehrlichkeit auf, so ist der innere Widerspruch zwischen dem Gebote der christlichen Milde und des edlen Benehmens des Christen einerseits und der thätlichen Schöffheit und dem verächtlichen schulmeisterlichen Töne derjenigen, welche als Conservative auch den Anspruch auf die Qualität als christliche Männer machen, andererseits um so schreiender. Die Leidenschaftlichkeiten und Extravaganzen eines Theils unserer conservativen Presse und Abgeordneten führen in mancher Beziehung die gesunde und ruhige Entwidlung unseres staatlichen und kirchlichen Lebens eben so sehr wie die Extravaganzen und Leidenschaftlichkeiten der äußerlichen Linken.

[Concordia, Verein zur Förderung des Wohles der Arbeiter.] Auf der in Frankfurt a. M. abgehaltenen General-Versammlung wurde in dem erstatteten Geschäftsbericht zunächst constatirt, daß der Verein Ende 1880 im Ganzen 1725 Mitgliederarten ausgegeben hatte gegen 1268 Ende 1879. Die Einnahme in 1880 betrug 30,031 M. Die Ausgaben 15,841 M. 79 Pf. und blieb Ende 1880 ein Capitalstock von 22,433 M., am Tage der Generalversammlung von 30,481 M. Des verstorbenen Mitgliedes des Vereins, Professor H. Heib, der in Folge seiner operativen Menschenliebe verunglückt sei, wurde in warmen Worten gedacht. — Die Zeitschrift des Vereins wurde in 918 bezahlten Exemplaren abgesetzt und in ihr neben der Beschreibung von Wohlfahrtsanstalten regelmäßige Berichte über Arbeitslöhne und Preise der nothwendigsten Lebensmittel z. z. zuletzt aus 270 Orten zur Veröffentlichung gebracht, die in der Zeitschrift des königlich staatlichen Bureaus sehr wohlwollend besprochen worden seien. — Der Verein habe sich bemüht, in der Vereinszeitschrift möglichst zahlreiche Veröffentlichungen in der oben erwähnten Beziehung eintreten zu lassen und eine möglichst vollständige Beschreibung derjenigen Wohlfahrtsanstalten zu geben, bezüglich welcher das nöthige Material zu erlangen gewesen sei. Es sei nicht zu bezweifeln, daß bei der weiten und gerade im Bereiche der Groß-Industrie thätlich starken Verbreitung der Zeitschrift der Verein nicht wenig zur Veranstaltung neuer und zur Verbesserung und Vervollkommnung vorhandener Wohlfahrtsanstalten beigetragen habe, und er habe die Beweise in Händen, daß manche segensreiche Einrichtung seinem Vorgehen und seiner Anregung ihre Entstehung verdanke. Es könne überhaupt mit Genugthuung berichtet werden, daß die anregende Thätigkeit des Vereins in Bezug auf Herstellungen und Verbesserungen der großen und wichtigen Nothe von Einrichtungen, welche man unter dem mehrgenannten Namen zusammen zu fassen pflege, keine unwesentliche gewesen sei. Als wichtiger und praktisch behebender noch als die von dem Verein ausgehenden Anregungen seien die auf erfolgte Anfragen hin erteilten Rathschläge und Auskünfte zu erachten, da es sich hier um Arbeitgeber handle, die von der Absicht, Gutes zu schaffen, geleitet waren und nur über die Art der Ausführung, die Zweckmäßigkeit dieser oder jener Einrichtung, die Frage, welches Bedürfnis sie zuerst zur Befriedigung bringen sollten, Auskunft wünschten. Die Concordia habe hier um so erprießlicher zu wirken vermocht, als von vornherein festgestanden habe, daß ihre Anregungen auf guten Boden fallen würden. Von der erklärten Bereitwilligkeit des Vereins, mit seiner Erfahrung und mit seinem Rath allen Mitgliedern zur Seite zu stehen, sei denn auch in einem großen Umfange Gebrauch gemacht worden. Schon der Umstand und die Thatsache, daß der Arbeiter sehe, daß sein Arbeitgeber bemüht sei, für ihn zu sorgen, das Bewußtsein, daß der Arbeitgeber bestrebt sei, das Loos seiner Arbeiter zu verbessern und angenehmer zu gestalten, müsse und werde auch das Verhältnis zwischen beiden Berufsständen der industriellen Arbeit begünstigend einwirken. — Das Hauptprogramm des Vereins, die Siderfähigkeit der Arbeiter gegen die aus dem Ableben und der Arbeitsunfähigkeit des Ernährers resultirenden Gefahren, habe der Verein mit Rücksicht auf die Lage der Reichsgesetzgebung, bezw. die Absichten des Reichskanzlers nicht weiter fördern können, die definitive Ausarbeitung und bezw. Vollenbung des Projectes aber beschloffen. Es seien nur laue Anhänger des Vereins gewesen, die wegen dieses nothgedrungenen Gewehr bei Fuß Stebens denselben nicht mehr unterstützten hätten. Dagegen hätte der Verein seinen ganzen Einfluß geltend gemacht, die Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes verbessernd zu gestalten. Mit besonderer Schärfe wird die Zerreißung der vaterländischen Versicherung in particulare Klassen gezeigelt. — Die beantragte Decharge wurde erteilt und mit Rücksicht auf Gruppe 14 (Fabriken, Arbeiter-Wohnhäuser, Waschl- und Badeanstalten für Arbeiter, Arbeiterküchen zc.) der Ausschuss beauftragt, an der für 1882 in Berlin projectirten Ausstellung für Gesundheitspflege und Gesundheitsreform praktische Interesse zu betheiligen, auch die Auszeichnung von Preisen für vorzügliche Leistungen auf dem Gebiete der Arbeiter-Wohlfahrtsanstalten in Anregung gebracht. Ueber die Bildung von Arbeiter-Spartassen wurden die nachstehenden Thesen begründet: „Es ist wünschenswerth, auf die Einführung von Fabrik-Spartassenen-Rassen hinzuwirken und zu diesem Zweck die Arbeitgeber, in deren Fabrik noch keine Annahmestelle besteht, zur Anlage einer solchen und zwar mit Rücksicht darauf zu gewinnen, daß 1) die Erhebung der Spareinlagen bei der jedesmaligen Lohnung erfolgt, daß 2) soweit dies zweckmäßig erscheint, der Arbeitgeber einen Zuschuß zu den zu zahlenden Zinsen gewähre, so daß wo möglich auch die kleinste Einlage sofort und zum üblichen Zinsfuß bei längerer Untundbarkeit zu einem höheren verzinst werde; daß 3) jugendliche, in Zukunft in die Fabrik eintretende Arbeiter zum Aufsparen eines gewissen kleinen Prozentsatzes ihres Lohnes und zum Verzicht auf die Kündigung der Einlage für eine gewisse Reihe von Jahren veranlaßt werden“ und dem Central-Ausschuss zur Veranlassung des Weiteren überwiesen.

[Verboten auf Grund des Socialisten-Gesetzes] wurde die Nr. 18 des 8. Jahrganges der in Chicago erscheinenden periodischen Druckschrift: „Vorboten. Unabhängiges Organ für die wahren Interessen des Proletariats“, sowie die fernere Verbreitung des Blattes „Vorboten“ im Reichsgebiet.

München, 27. Juni. [Zum Wechsel im Ministerium des Innern.] Ein dortiger Correspondent der „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Der heute Morgen bekannt gewordene Wechsel in der Leitung des Staatsministeriums des Innern hat allgemein überrascht. Allerdings ist schon wiederholt davon die Rede gewesen, daß der Staatsminister von Pfeuffer, und zwar aus Gesundheitsrücksichten, zurückzutreten die Absicht hatte; allein in letzterer Zeit war es nicht mehr der Fall. Die Stellung des Herrn von Pfeuffer schien vielmehr befestigt als bisher zu sein. Nun erfolgt der Rücktritt desselben unmittelbar vor den Landtagswahlen, für die der Minister von Pfeuffer alle Einleitungen und Vorbereitungen getroffen und insbesondere die Wahlkreis-Eintheilung festgestellt und erlassen hat. An einen Wechsel im Staatsministerium hat in diesem Augenblick Niemand gedacht. Derselbe kommt nicht allein dem größeren Publikum, vielmehr besonders den höheren Beamten- und Gesellschaftskreisen vollständig unerwartet. Ja, es wird uns berichtet und mehrere Anzeichen sprechen dafür, daß Herr von Pfeuffer selbst überrascht wurde. — Unter solchen Verhältnissen müssen es jedenfalls höchwichtige Gründe sein, welche den so plötzlich eingetretenen Ministerwechsel veranlaßt haben; aber welche Gründe es sind, darüber hat man vorerst nur Vermuthungen und muß Weiteres abwarten. Daß die entschiedene Stellung, welche Herr von Pfeuffer in der Gewerbefrage einnahm, gewisse Aeußerungen, welche er in dieser Beziehung kürzlich in der Abgeordnetenkammer und dann bei der Versammlung der bairischen Landwirthe in Speyer machte, Aeußerungen, die den Anhängern der Befreiung der Gewerbe- und der Handelsfreiheit wenig genehm waren, höheren Orts, — nicht in München, wohl aber in Berlin — die Stellung des Herrn v. Pfeuffer nicht verstärkt haben, dürfte allerdings anzunehmen sein und deshalb die Vermuthung, daß auf den Ministerwechsel äußere Einflüsse zur Geltung gelangt sein möchten, nicht so ganz ohne Grund sein. Herr v. Pfeuffer war früher Polizeidirector in München, dann mehrere Jahre Präsident der Regierung der Pfalz, als welcher er am 21. August 1871 als Staatsminister des Innern in das neugebildete Ministerium Graf Segenerberg berufen wurde. Freiherr v. Feilich, der neuernannte Staatsminister des Innern, arbeitete in den 60er Jahren schon als Regierungsrath im Ministerium des Innern, fungirte in den Jahren 1870/71 als Reichscommissar in den Reichslanden, wurde dann Polizeidirector von München und zu Anfang 1880 erster Präsident der Regierung von Oberbayern. Als künftiger Minister des Innern wurde Freiherr von Feilich — der sich des Vertrauens Sr. Majestät des Königs erfreut — schon seit längerer Zeit für den Fall eines Ministerwechsels bezeichnet, so daß seine Ernennung nicht überrascht. In liberalen Kreisen der Residenzstadt genos Freiherr von Feilich bisher viel Vertrauen, wurde bei den Landtagswahlen wiederholt zum Wahlmann gewählt und hat jedesmal für die Candidaten der liberalen Partei getimmt. Wie die Presse der verschiedenen Parteien den Ministerwechsel aufnimmt, läßt sich heute noch nicht sagen, da am Sonntag sämtliche Blätter nicht erschienen.“

Großbritannien.

A. C. London, 25. Juni. [In der gestrigen Abend Sitzung des Parlaments] lenkt Lordlands, der radicale Vertreter von Burnley, die Aufmerksamkeit auf die anglo-türkische Convention und beantragt die Vorlegung des mit der Pforte darüber gepflogenen diplomatischen Schriftwechsels. Lordlands mißbilligt die Convention und erinnert das Haus daran, daß der gegenwärtige Premierminister dieselbe als eine wahnnimige Abmachung bezeichnet hätte. Es dürften Umstände im Orient eintreten, welche England durch diese Convention in ernste Schwierigkeiten verwickeln dürften, weshalb es an der Zeit wäre, die fernere Verantwortlichkeit für die gute Verwaltung Kleinasiens und die Vertbeidigung der Türkei gegen Ausland abzulehnen. England sollte demnach die Türkei benachrichtigen, daß es sich von der Convention zurückziehe und Cypren aufbe. Lordlands hofft, die Regierung habe bereits Schritte nach dieser Richtung hin gethan. Die Befreiung Cyprens wäre ein schlechtes Beispiel für andere Nationen gewesen, weil sie gegen das europäische Völkerrecht verstieße. Es wäre eine Pantheismus-Politik gewesen, durch welche England Cypren erwarb und das böse Beispiel Englands wurde von Frankreich in Tunis befolgt. Unglücklicher Weise könne England in Folge der anglo-türkischen Convention und gebunden durch geheime Zusagen Lord Salisbury's gegen das Vorgehen Frankreichs in Tunis nicht protestiren.

Barter unterstützt den Antrag und ermahnt die Regierung, die in Bezug auf Kandahar und Transbaal bewiesene Klugheit und Entschlossenheit durch das halbe Aufgeben Cyprens auf Neue zu betheiligen.

Sir H. D. Wolff vertheidigt die Politik der vorigen Regierung, die zu dem Abschluß der anglo-türkischen Convention führte und macht geltend, daß keine Analogie zwischen dem Verhalten Englands in Betreff Cyprens und dem Vorgehen Frankreichs in Tunis vorhanden sei. England habe Cypren mittelst eines friedlichen Vertrages erlangt und die Einwohner der Insel seien Unterthanen der Pforte geblieben, während Frankreich in Tunis willkürlich gehandelt habe. Redner unterzieht sodann die Orientpolitik der Regierung Gladstone's einer sehr schneidigen Kritik und nennt dieselbe ein „Panorama des Mißerfolges.“

Lord Arundel behauptet, daß England berechtigt sei, von der Convention zurückzutreten, weil die Türkei ermangelt habe, ihren Verbindlichkeiten in Gemäßheit derselben nachzukommen. Er wünscht, die Regierung möge ihren Einfluß ausbieten, um von der Türkei das Recht der freien Schifffahrt auf den Flüssen Euphrat, Tigris und Karun als Mittel zur Förderung der Reform des westlichen Asiens zu erwirken.

Sir Charles Dille, welcher sich zur Entgegnung erhebt, bemerkt, die Regierung müsse den Antrag schon aus dem Grunde beanstanden, weil ein Schriftwechsel über die anglo-türkische Convention überhaupt nicht existire. Es sei ein Schriftwechsel von wesentlichem Interesse in Bezug auf die Schifffahrt auf dem Euphrat und Tigris vorhanden, er könne aber wegen seiner vertraulichen Natur vorläufig nicht vorgelegt werden. Die vorige Regierung unterhandelte mit Perien betreffs der Navigation des Karun, aber auch dieser Schriftwechsel sei vertraulicher Natur. Es erhele aus demselben übrigens, daß die persische Regierung nicht geneigt sei, die freie Befreiung dieses Flusses zu bewilligen. Zur Rede Lordlands übergehend, räumt der Unterstaatssekretär ein, daß die anglo-türkische Convention England nicht nur ernste Verbindlichkeiten auferlege, sondern auch, daß dieselbe so überreilt entworfen, daß es schwierig sei, sich ein genaues Bild von deren eigentlicher Tragweite zu machen. Die Mehrzahl der Mitglieder der gegenwärtigen Regierung betrachten die Convention als unfling (impolitic), allein ein plötzlicher Rücktritt von derselben sei darum keineswegs zu empfehlen. Die Weise, in welcher Cypren erworben wurde, sei dazu angethan, die vorher von ganz Europa getheilte Ansicht zu zerstören, daß England keinen Wunsch nach Gebietsvergrößerung auf Kosten der Türkei hegte, und England habe dadurch sicherlich der Welt ein schlechtes Beispiel gelegt. Die Convention war eine isolirte Abmachung mit der Türkei, ohne Zustimmung und selbst ohne Wissen der übrigen Mächte, und sie sei bis zum heutigen Tage ohne deren Sanction geblieben. Ja, es wolle sogar ein Zweifel darüber ob, ob die Abmachung nicht eine Verletzung des Pariser Vertrages und der Londoner Convention in sich schließe. Unser Beiz von Cypren, fährt Dille fort, ist eine Anomalie und hat Schwierigkeiten mit der Türkei und anderen Mächten geschaffen. Es beständen große Einwände gegen die Convention, aber derselben plöblich und gewaltsam durch einen isolirten Act ein Ende zu bereiten, dürfte ernste Folgen für den Frieden des Orients haben. Die Einführung von Reformen in Armenien werde nicht aus dem Augenmerk verloren werden, umso weniger, da die Großmächte selbst mit Bezug auf diese Frage im Einnehmen seien. Redner begegnet zunächst der Behauptung Wolff's, daß die Orientpolitik der Regierung nirgends erfolgreich gewesen und stellt dies entschieden in Abrede. Hinsichtlich der britischen Handelsinteressen in Serbien bemerkt er, er hoffe demnach den diplomatischen Schriftwechsel darüber vorzulegen, woraus ersehen werden würde, daß Englands Stellung in Serbien nicht schlechter, sondern besser als zuvor sei.

Bourke, der frühere Unterstaatssekretär des Auswärtigen, vertheidigt die anglo-türkische Convention und drückt Zufriedenheit über den Entschluß der Regierung aus, davon weder zurückzutreten, noch Cypren aufgeben zu wollen. Die Convention sei grundsätzlich richtig und das einzige Mittel, durch welches England seine Rechte mit Bezug auf die Zukunft Kleinasiens geltend machen konnte.

Nachdem sich Bryen und A. Balfour an der Debatte betheiligt, erhebt sich Gladstone unter allgemeinem Beifall. Der Premier zollt zunächst Herrn Goshen hohes Lob für die jüngst seinem Lande und der Sache der Gerechtigkeit und Menschlichkeit geleisteten Dienste. Er bedauert, daß ihn andere Pflichten verhindert hätten, in Konstantinopel zu sein, um sich der Lösung der armenischen Reformfrage widmen zu können. Seine Abreise von Konstantinopel dürfe indeß nicht als eine Aenderung angesehen werden, daß die Regierung den Reformen Armeniens weniger Wichtigkeit beilege. Einer der ersten Artikel der Instructionen Lord Dufferin's

Berliner Börse vom 27. Juni 1881.

Fonds- und Geld-Course.			Wechsel-Course.		
Deutsche Reichs-Anl.	102 25 B		Amsterdam 100 Fl.	8 T. 3	163,25 bz
Consolidirte Anleihe	102 50 bzB		do. do.	2 M. 3	163,50 bz
do. do. 1876	102 50 bzB		London 1 Lstr.	8 T. 2 1/2	20,49 bz
Staats-Schuldenschein	98 75 bz		do. do.	3 M. 2 1/2	20,38 bz
Präm.-Anleihe 1875	103 50 B		Paris 100 Frs.	8 T. 3 1/2	81,09 bz
Berliner Stadt-Oblig.	102 30 bz		do. do.	2 M. 3 1/2	80,60 bz
do. do.	102 40 bz		Petersburg 100 SR.	3 W. 6	206,30 bz
Pommersche	92 50 bzG		do. do.	3 M. 6	205,30 bz
do. do.	100 80 bz		Warschau 100 SL.	8 T. 6	206,30 bz
do. do.	101 70 G		Wien 100 Fl.	8 T. 4	174,70 bz
do. do.	101 70 G		do. do.	2 M. 4	173,40 bz
Pfandbriefe.			Kurh. 40 Thaler-Loose	287,00 B	
Pommersche	100 60 G		Badische 35 Fl.-Loose	205,00 G	
Schlesische	98 30 bz		Brandenburg. Prämien-Anleihe	100,50 bz	
do. do.	100 90 bz		Oldenburg. Loose	152,00 G	
Kur- u. Neumark.	101 60 B				
Pommersche	101 00 G		Ducaten 9 5/8 G	Dollar 4 23 1/2 bz	
Pommersche	101 00 bz		Sover. 20 40 G	Oestr. Bkn. 175,00 bz	
Westfal. u. Rhein.	101 00 bz		Napoleon 16 27 bz	do. Silbergr. —	
Sächsische	101 00 G		Imperial 16 20 G	Russ. Bkn. 207,00 bz	
Schlesische	101 30 bz				
Badische Präm.-Anl.	134 50 G				
Baierische Präm.-Anl.	101 70 G				
do. Anl. v. 1871	101 70 G				
Cöln-Mind. Präm.-Anl.	131,00 etbzG				
Sächs. Rente von 1876	81,10 G				

Hypotheken-Certificates.			Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Krupp. Partial-Obl.	110 30 bzB		Divid. pro 1879	1880	
Unk. Präm.-Hyp.-B.	107 20 G		Aachen-Mastricht.	4	52,50 bz
do. do.	100 50 G		Berg-Märkische.	4	122,50 bz
Deutsche Hyp.-Bk.-Pfb.	102 80 bzG		Berlin-Anhalt.	5	136,00 bzB
do. do.	105 50 bzG		Berlin-Dresden.	0	21,25 bzG
Unk. Präm.-Hyp.-B.	106 30 bzG		Berlin-Görlitz.	0	29,00 bz
do. rückz. 110	114 70 bzG		Berlin-Hamburg.	12 1/2	285,00 bzB
Unk. Präm.-Hyp.-B.	106 30 bzG		Berlin-Potsd.-Magdb.	4	—
do. do.	111 00 B		Berlin-Stettin.	4 1/2	118,75 bz
Kindb.-Hyp.-Schuld.-do.	102 40 bzG		Böhm. Westbahn.	6	7
Hyp.-Anst. Nord-G.-B.	106 60 G		Bresl. Freib.	4 1/2	103,90 bz
do. do. Pfandbr.	101 30 bzB		Cöln-Minden.	6	152,25 G
Pomm. Hyp.-Briefe.	112 00 B		Dux-Bodenbach.	0	145,50 bzG
do. do. II. Em.	105 20 bzG		Gal. Carl-Ludw.-B.	7 3/8	143,00 B
Goth. Präm.-P.L. Em.	121 90 G		Halle-Soran-Gub.	0	24,75 bz
do. do. II. Em.	120 00 G		Kaschau-Oderberg.	4	64,50 bzG
do. 50% Präm.-P.L. 110	108 75 bzG		Komp. Rudolf.	5	70,40 bzG
do. 40% do. do. 110	105 30 etG		Ludwigsh.-Bexb.	9	209,80 B
Meininger Präm.-Pfb.	97 25 bzG		Magdeh.-Halberst.	6	153,10 G
Pfandbr. Ost.-Pfb.	101 60 bz		Mainz-Ludwigsh.	4	99,00 bzG
Schul. Bodener.-Pfb.	105 10 bzG		Niedersch.-Märk.	4	101,90 bz
Südd. Bod.-Crd.-Pfb.	103 90 G		Oberschl. A.C.D.E.	9 1/2	131,25 bz
do. do.	102 10 bz		Oestr. Fr. St.-B.	6	634,00-636,50
			Oestr. Nordwesth.	4	39,00 bz
			Oestr. Süd.-Pfb.	0	220,00-20,00
			Oestr. Süd.	7 1/2	157,90 bz
			Reichs-O.-B.	7 1/2	171,75 bzG
			Reichs-Pfand.	4	163,80 bz
			Rheinische	7	100,90 etbzG
			do. L.B. (4% gar.)	4	17,90 bzG
			Rhein-Nahe-Bahn	0	66,60 bz
			Rumän. Eisenbahn	3 1/2	41,40 bzG
			Schweiz-Westbahn	0	103,00 G
			Stargard-Posen.	4 1/2	194,25 bzG
			Thüringer Lit. A.	8 1/2	286,75 bz
			Weimar-Gera.	4 1/2	51,80 bzG

Ausländische Fonds.			Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.		
Oest. Silber-R. 1 1/2	67,40 bz		Berlin-Dresden.	0	58,00 bzB
do. (1 1/2)	67,40 etbzB		Berlin-Görlitz.	3 1/2	52,25 bzG
do. Goldrente	81,80 bz		Breslau-Warschau	0 1/2	57,00 bzG
do. Papierrente	66,90 bz		Halle-Soran-Gub.	3 1/2	100,90 bzG
do. 54er Präm.-Pfb.	117,90 bz		Kohlfrut-Falkenb.	5	49,30 bz
do. Lot.-Anl. v. 60	126,25 bzG		Märkisch-Posen.	5	105,25 bzG
do. Credit-Loose	332,90 B		Magdeh.-Halberst.	3 1/2	126,00 G
do. 64er Loose	332,90 B		do. Lit. C.	5	126,00 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	144,75 B		Marienburg-Mlaw.	5	100,00 bzE
do. do.	141,00 B		Oestr. Südbahn	5	87,40 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	59,60-70 bzG		Oestr. Nordwesth.	5	45,70 bzG
do. II. do. v. 1878	58,80 bzG		Posen-Krönbach	5	70,00 bzG
do. III. do. v. 1879	59,60-60 bzG		Rumän.-O.-B.	7 1/2	153,00 bzB
do. Engl. v. 1872	89,70-60 bz		Saal-Bahn.	0	75,25 bzG
do. Anleihe 1877	93,70 bz		Weimar-Gera.	0	38,30 bzG
do. do. 1880	74,50 bzB				
do. do. 1881	84,00 bzB				
do. Cent.-Hod.-Crd.-Pfb.	139,90 etbzB				
Russ. Poln. Schatz-Obl.	82,00 B				
Poln. Pfandbr. II. Em.	64,00 G				
Poln. Pfandbr. III. Em.	64,00 G				
Amerik. Rückz. p. 1881	98,50 bzB				
do. 50% Anleihe	97,75 bzG				
Ital. 50% Anleihe	92,40 bz				
Russ. Präm.-Anl. 100 Thlr.-L.	97,50 bzB				
Rumänische Anleihe	112,60 B				
Rumän. Staats-Oblig.	105,10 bz				
Türkische Anleihe	17,00 bz				
Ungar. Goldrente	79,50 bzB				
do. do.	79,25 bzB				
do. Loose (M.P.St.)	238,75 bzG				
Ung. Invest.-Anleihe	96,20 etbzB				
Ung. 50% St.-Eisn.-Anl.	97,40 bz				
Finnische 10 Thlr.-Loose	60,70 B				
Türkische-Loose 49,00 bzG					

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			Bank-Papiere.		
Berg-Märk. Serie II.	103 20 B		Allg. Deut. Hand.-G.	8 1/2	86,75 bzG
do. III. v. St.-G.	93,80 B		Berl. Kassan-V.	9 1/2	194,75 G
do. do. VI.	103,50 G		Berl. Handels-Ges.	5 1/2	107,10 bzG
do. Hess. Nordbahn	103 20 bzG		Berl. Präm.-Hyp.-B.	4 1/2	78,00 G
Berlin-Görlitz conv.	103 40 B		Braunsch. Bank	4 1/2	95,50 bzB
do. Lit. B.	102 25 bzB		Bresl. Disc.-Bank	6 1/2	101,40 bz
Bresl. Freib. Lit. D.	102 25 bzB		Bresl. Wechselbr.	6	84,75 B
do. do. G.	—		Coburg-Cred.-Bnk.	5	109,60 G
do. do. H.	103 10 B		Danziger Priv.-Bk.	9 1/2	173,50 bzG
do. do. J.	103 10 B		Darmst. Creditb.	5 1/2	110,00 G
do. do. K.	103 10 B		Darmst. Zettelb.	5 1/2	120,00 bzG
do. von 1876	106,60 bzG		Dessauer Landesh.	6 1/2	164,90 bz
Breslau-Warschau	105 50 bzG		Deutsche Bank	9	149,60 G
Cöln-Minden II. Lit. A.	101 50 G		do. Hyp.-B. Berl.	5 1/2	92,75 bzG
do. Lit. B.	103 60 G		Disc.-Comm.-Anth.	10	226,50 bzG
do. Lit. C.	101 25 bzG		do. ult.	10	226,00-26,25
do. Lit. IV.	101 25 bzG		Genossensch.-Bnk.	7	127,00 bzG
Halle-Soran-Guben	103 20 B		Goth. Grundcred.	5	99,25 B
Märkisch-Posen	103 10 B		do. junge	5 1/2	96,40 bz
Niederschles.-Märk.	106 75 G		Hamb. Vereins-B.	7	—
do. do. II.	100 10 G		Hannov. Bank	4 1/2	106,90 bz
do. Obl. II. u.	100 10 G		Königsb. Ver.-Bnk.	5	96,75 bzG
Oberschles. A.	101 00 B		Landw. G. Wilecki	4 1/2	74,00 G
do. B.	—		Leipzig-Burg.	0	187,00 bzG
do. C.	—		Luxemburg. Bank	10	139,00 G
do. D.	—		Magdeburg. do.	5 1/2	117,90 B
do. E.	—		Meininger do.	9	100,25 bzB
do. F.	—		Nordd. Bank	10	184,00 bzG
do. G.	—		Nordd. Grundcr.	0	64,00 G
do. H.	—		Oberlausitzer Bk.	4 1/2	95,25 G
do. I.	—		Oestr. Credit-Act.	11 1/2	624,00-621,50
do. J.	—		Ungar. Credit	—	—
do. K.	—		Posener Priv.-Bank	7	127,50 bzG
do. L.	—		Pr. Bod.-Crd.-B.	6 1/2	109,50 bzG
do. M.	—		Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9 1/2	126,20 bzG
do. N.	—		Preuss. Immo.-B.	6 1/2	116,75 bzG
do. O.	—		Sächs. Bank	6	124,50 bzG
do. P.	—		Schl. Bank-Verein	6	111,40 bz
do. Q.	—		Wiener Unionsbk.	6	—
do. R.	—				
do. S.	—				
do. T.	—				
do. U.	—				
do. V.	—				
do. W.	—				
do. X.	—				
do. Y.	—				
do. Z.	—				

In Liquidation.			Industrie-Papiere.		
Centrab. f. Genoss.	—	fr. 12,25 G	D. Eisenbahn-G.	0	6,00 B
Thüringer Bank	—	fr. 85,00 G	Märk. Sch.-Masch.G.	0	30,25 bzG
			Nordd. Gummitfab.	1 1/2	47,40 G

Bank-Papiere.			Industrie-Papiere.		
Allg. Deut. Hand.-G.	8 1/2	86,75 bzG	D. Eisenbahn-G.	0	6,00 B
Berl. Kassan-V.	9 1/2	194,75 G	Märk. Sch.-Masch.G.	0	30,25 bzG
Berl. Handels-Ges.	5 1/2	107,10 bzG	Nordd. Gummitfab.	1 1/2	47,40 G
Berl. Präm.-Hyp.-B.	4 1/2	78,00 G			
Braunsch. Bank	4 1/2	95,50 bzB			
Bresl. Disc.-Bank	6 1/2	101,40 bz			
Bresl. Wechselbr.	6	84,75 B			
Coburg-Cred.-Bnk.	5	109,60 G			
Danziger Priv.-Bk.	9 1/2	173,50 bzG			
Darmst. Creditb.	5 1/2	110,00 G			
Darmst. Zettelb.	5 1/2	120,00 bzG			
Dessauer Landesh.	6 1/2	164,90 bz			
Deutsche Bank	9	149,60 G			
do. Hyp.-B. Berl.	5 1/2	92,75 bzG			
Disc.-Comm.-Anth.	10	226,50 bzG			
do. ult.	10	226,00-26,25			
Genossensch.-Bnk.	7	127,00 bzG			
Goth. Grundcred.	5	99,25 B			
do. junge	5 1/2	96,40 bz			
Hamb. Vereins-B.	7	—			
Hannov. Bank	4 1/2	106,90 bz			
Königsb. Ver.-Bnk.	5	96,75 bzG			
Landw. G. Wilecki	4 1/2	74,00 G			
Leipzig-Burg.	0	187,00 bzG			
Luxemburg. Bank	10	139,00 G			
Magdeburg. do.	5 1/2	117,90 B			
Meininger do.	9	100,25 bzB			
Nordd. Bank	10	184,00 bzG			
Nordd. Grundcr.	0	64,00 G			
Oberlausitzer Bk.	4 1/2	95,25 G			
Oestr. Credit-Act.	11 1/2	624,00-621,50			
Ungar. Credit	—	—			
Posener Priv.-Bank	7	127,50 bzG			
Pr. Bod.-Crd.-B.	6 1/2	109,50 bzG			
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9 1/2	126,20 bzG			
Preuss. Immo.-B.	6 1/2	116,75 bzG			
Sächs. Bank	6	124,50 bzG			
Schl. Bank-Verein	6	111,40 bz			
Wiener Unionsbk.	6	—			

Widerstrebt, den Handel dadurch aber merklich eingeschränkt. — Roggenmehl war ziemlich flau. — Weizen wenig verändert, im Ganzen doch aber leicht fest, da die nicht unerheblichen Realisationen ebenbürtiger Kaufkraft begünstigen. — Hafer loco matt, Termine billiger verkauft. — Rüböl bernachlässigt, Preise zu Gunsten der Käufer. — Petroleum matter. — Spiritus in bechränktem Verkehr. Loco ist zwar etwas mehr als Sonnabend bezahlt, Terminpreise konnten sich aber nicht voll behaupten.

Weizen per 1000 Kilo loco 200—242 M. nach Qualität gefordert, per Juni 219—218,5 M. Markt bez., per Juni-Juli 219—218,5 M. Markt bez., per Juli-August 219—218,5 M. Markt bez., per August-September M. bez., per September-October 219—218,5 M. Markt bez., per October-November 218,5 M. Markt bez., per November-December 218 M. Markt bez. — Gefündigt: — Etr. Ründigungspreis — Markt. — Roggen per 1000 Kilo loco 205—220 M. nach Qualität gefordert, inländischer 216—218 M. Markt ab Rahn und Bahn bez., per Juni 203,25—206,75 M. Markt bez., per Juni-Juli 203,5—202,75 M. Markt bez., per Juli-August 190,75—190 M. Markt bez., per September-October 180—179,25 M. Markt bez., per October-November 177—176,5 M. Markt bez., per November-December 174,75—174,25 M. Markt bez. — Gefündigt: 10,000 Centner. Ründigungspreis: 207,5 M. — Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine, 145—190 M. nach Qualität gef. — Hafer per 1000 Kilogramm loco 155—183 M. nach Qualität gefordert, per Juni 156,5—156 M. Markt bez., per Juni-Juli 152 M. Markt bez., per Juli-Aug. 150 M. Markt nom., per September-October 147 M. Markt bez. — Gefündigt: 1000 Centner. Ründigungspreis: 156 M. — Mais loco 125—133 M. nach Qualität gefordert. Gefündigt: — Etr. Ründigungspreis: — Markt. — Erbsen per 1000 Kilo. Kochmaare 187—220 M. Markt, Futtermaare 168—186 M. Markt nach Qualität gefordert. — Roggenmehl, Nr. 0 und 1 per 100 Kilo. unterteilt incl. Sad per Juni 23,00 M. Markt bez., per Juni-Juli 27,80—27,75 M. Markt bez., per Juli-August 26,80—26,75 M. Markt bez., per August-September — Markt bez., per September-October 25,30 bis 25,25 M. Markt bez., per October-November 24,75—24,70 M. Markt bez., per November-December 24,40—24,35 M. Markt bez. Gefündigt — Centner. Ründigungspreis — Markt. — Weizenmehl Nr. 00 31 bis 29,50, Nr. 0 29,00 bis 28,00 M., Nr. 0 und 1 28,00—27,00 M. — Roggenmehl Nr. 0 29,00 bis 28,00 M., Nr. 0 und 1 28,00 bis 27,00 M. — Seine Marken über Notiz bez. — Rüböl per 100 Kilo. loco ohne Fass — Markt bez., per Juni, per Juni-Juli und per Juli-August 53,5 M. Markt bez., per September-October 54,1—54 M. Markt bez., per October-November 54,3—54,2 M. Markt bez., per November-December 54,7—54,6 M. Markt bez. Gefündigt: — Etr. Ründigungspreis: — M. — Petroleum, raffiniertes (Standard white), per Etr. mit Fass in Fässen von 100 Etr. loco — M. Markt bez., per Juni 24,3 M. Markt bez., per September-October 24,6 M. Markt bez., per October-November 25 M. Markt bez., per November-December 25,4 M. Markt bez. — Gefündigt: — Etr. Ründigungspreis — Markt.

Spirituss per 100 Liter à 100 pSt. = 10,000 Liter-pSt. loco ohne Fass 58,3 M. Markt bez., loco mit Fass — Markt bez., per Juni, per Juni-Juli und per Juli-August 58—57,75 M. Markt bez., per August-September 58,6 bis 58,2—58,8 M. Markt bez., per September allein 59—58,7 M. Markt bez., per September-October 56,7—56,56 M. Markt bez., per October-November 54,7 bis 54,8 M. Markt bez., per November